



fzs | Wöhlertstraße 19 | 10115 Berlin

Wöhlertstraße 19
10115 Berlin

T: +49 (0) 30 / 27 87 40 94
F: +49 (0) 30 / 27 87 40 96
www.fzs.de
info@fzs.de

Vorstand

Florian Keller
Juliane Knörr
Florian Pranghe
Moska Timar
vorstand@fzs.de

Verfasste Student*innenschaften

Berlin, 20.06.2011

Sehr geehrte Damen und Herren,

der freie Zusammenschluss von student*innenschaften (fzs) begrüßt das Vorhaben der neuen grün-roten Landesregierung Baden-Württembergs, eine Verfasste Student*innenschaft nach mehr als dreißig Jahren wieder einzuführen.

Demokratische Partizipation und verantwortliche Mitgestaltung des gesellschaftlichen Lebens sind die notwendige Basis einer demokratischen Gesellschaft. Die Umsetzung dieser Grundprinzipien beginnt vor allem im direkten Lebensumfeld der Menschen als Bürger*innen.

So setzt die Verfasste Student*innenschaft an der Hochschule den Rahmen der studentischen Partizipation und Mitgestaltung; sie ermöglicht zugleich die demokratische Organisation der Student*innen und nimmt wichtige Aufgaben wahr. Jedoch war bisher von dem Baden-Württembergischen Landesgesetzgeber keine Verfasste Student*innenschaften vorgesehen. Zivilgesellschaftliches Engagement von Student*innen zur Gestaltung der unmittelbaren Lebenswirklichkeit wurde anstatt Förderung zu erfahren in das Schattendasein der Halblegalität gedrängt.

Der fzs möchte hierbei darauf hinweisen, dass der rechtliche Status als Teilkörperschaft für die Student*innenschaft zur Wahrnehmung ihrer Aufgaben unabdingbar ist. Sie muss als Körperschaft in der Lage sein, unabhängig von der Hochschule Verträge abzuschließen sowie gerichtlich und außergerichtlich aufzutreten.

Nur als eine rechtsfähige Teilkörperschaft kann eine Student*innenschaft sich in allen relevanten Belangen selbst und unabhängig verwalten. Über die Organe der Student*innenschaft bestimmen die Student*innen dabei selbst und unmittelbar, ebenso über die demokratische Kontrolle der Wahrnehmung der Aufgaben. Beispiele für den unabhängigen Vertragsabschluss können Anmietungen von Räumen außerhalb der Hochschule, Leasingverträge, Wartungs- und

Der freie Zusammenschluss von studentInnenschaften (fzs) ist der überparteiliche Dachverband von Studierendenvertretungen in Deutschland. Mit rund 80 Mitgliedshochschulen vertritt der fzs über eine Million Studierende in Deutschland. Der fzs ist Mitglied in ESU – European Students' Union und in der International Union of Students (IUS).

Bereitstellungsverträge als Voraussetzung für die eigene Arbeitsfähigkeit sein.

Satzungsautonomie und Beitragshoheit

Der fzs fordert für die neu eingeführte Verfasste Student*innenschaft eine Satzungsautonomie, damit die Student*innen die sie betreffenden Belange auch selbst regeln und innerhalb der von Hochschule zu Hochschule unterschiedlichen Gegebenheiten individuell gestalten können. Dies kann nach demokratischen Grundprinzipien nur von den betroffenen Student*innen selbst vorgenommen werden. Die Struktur muss von denen demokratisch legitimiert werden, deren Belange durch sie vertreten werden soll. Zudem wird durch die Gestaltung von demokratischen Strukturen die Fähigkeit zur Teilhabe der Student*innen an gesellschaftlichen Entscheidungs- und Gestaltungsprozessen gefördert.

Die finanzielle Unabhängigkeit der Student*innenschaft wird ausschließlich durch eine Beitragshoheit gewährleistet, da die studentische Interessenvertretung andernfalls von Dritten beeinflusst werden kann.

Solidargemeinschaft

Die gewählten Organe der Student*innenschaft nehmen (gesetzliche) Aufgaben wahr und vertreten die Gesamtheit der Student*innen. Deshalb müssen die Gruppe der Student*innen und die Mitglieder der Student*innenschaft identisch sein. Die Immatrikulation und der damit verbundene Status als Student*in führen automatisch zur Mitgliedschaft in der Verfassten Student*innenschaft. Für die Student*innenschaften sprechen deren gewählte Organe, was nur durch die verpflichtende Mitgliedschaft in einer Verfassten Student*innenschaft für eine einheitliche Vertretung aller Student*innen sorgen kann. Im Gegensatz zu Interessenverbänden, die Partikularinteressen vertreten, sollte sich eine körperschaftlich verfasste Student*innenschaft gerade dadurch auszeichnen, dass sie die Gesamtheit der an der Hochschule immatrikulierten Student*innen vertritt. Die Finanzierung der Aufgaben der Student*innenschaft kann nur durch eine Pflichtmitgliedschaft aller Student*innen und somit eine solidarische Finanzierung erfolgen.

Der fzs lehnt eine Austrittsmöglichkeit aus der Verfassten Student*innenschaft ab, da andernfalls die (gesetzlichen) Aufgaben der Student*innenschaft nicht mehr wahrgenommen werden können oder die verbliebenen Mitglieder übermäßig finanziell belastet werden müssten. Auch kann die verfasste Student*innenschaft im Falle von Austrittsmöglichkeiten aufgrund fehlender Planungssicherheit nicht mehr als verlässliche Vertragspartnerin auftreten.

Der fzs lehnt Quoren im Allgemeinen ab. Der fzs fordert, dass die Student*innen an allen Hochschulstandorten die Möglichkeit haben, an einer freien, gleichen, unmittelbaren sowie geheimen und damit demokratischen Wahl an ihrer Hochschule teilzunehmen. Eine Wahlpflicht ist mit unserem demokratischen System nicht zu vereinbaren. Zudem ist eine hohe Partizipation an Wahlen zur Verfassten Student*innenschaft nur dann zu realisieren, wenn diese auch von Hochschule, Politik und Gesellschaft als Partnerin auf Augenhöhe wahrgenommen wird.

Rechtsaufsicht

Die häufig geübte Praxis, in der die Rechtsaufsicht als Fachaufsicht missbraucht wird, ist explizit abzulehnen. Dass die Hochschulleitungen sicherzustellen haben, dass gefasste Beschlüsse nicht gegen geltendes Recht verstoßen und ordnungsgemäß zustande gekommen sind, ist sinnvoll und nötig. Eine inhaltliche, politische Bewertung der Beschlüsse und Vorhaben darf dabei nicht erfolgen, um einer Zensur vorzubeugen.

Allgemeinpolitisches Mandat

Der fzs fordert für die neu einzuführenden Verfassten Student*innenschaften ein allgemeinpolitisches Mandat.

Deutlich wird die Notwendigkeit eines allgemeinpolitischen Mandats durch die Arbeit, die die Student*innenvertretungen tagtäglich leisten. So wären Stellungnahmen zu beispielsweise BAföG sowie Studien- und Hochschulfinanzierung undenkbar, wenn die Student*innenvertretungen nicht auch die Möglichkeiten hätten, Konzepte und Alternativen anzubieten und in diesem Zusammenhang auch übergreifend Kritik an gesamtgesellschaftlichen Prozessen üben zu können. Deswegen ist den Student*innenvertretungen das Recht einzuräumen, diese Positionen zu vertreten.

Aus diesem Grund und aufgrund der gesellschaftlichen Rolle der Hochschule kann Hochschulpolitik nicht von anderen politischen Fragestellungen losgelöst betrachtet werden.

Der Vertretungsrahmen der Student*innenvertretungen wird durch ihr gesetzliches Mandat festgeschrieben. Dieses muss dabei unbedingt ein allgemeinpolitisches sein, um eine wirkliche demokratische Vertretung der Student*innen möglich machen zu können.

In diesem Sinne fordert der fzs eine örtlich verfasste Student*innenschaft, die als Teilkörperschaft der Hochschule eigenständig rechtsfähig ist, ihre Struktur selbst festlegt, finanziell unabhängig ist und sich selbst verwaltet. Quoren und Austrittsmöglichkeiten sind nicht vorzusehen. Nachdrücklich setzt sich der fzs für eine Verankerung des allgemeinpolitischen Mandats ein.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie unsere Anliegen in die Umsetzung der in Ihrem Koalitionsvertrag bereits beschlossenen Vorhaben zur Einführung der Verfassten Student*innenschaften einfließen lassen.

Mit freundlichen Grüßen

Juliane Knörr
(Vorstand)

Florian Keller
(Vorstand)

Florian Pranghe
(Vorstand)

Moska Timar
(Vorstand)